



NEUE HELVETISCHE GESELLSCHAFT – TREFFPUNKT SCHWEIZ
RENCONTRES SUISSES – NOUVELLE SOCIÉTÉ HELVÉTIQUE
INCONTRI SVIZZERI – NUOVA SOCIETÀ ELVETICA
NUOVA SOCIETAD HELVETICA – SCUNTRADA SVIZRA

Medienmitteilung

Lenzburg, 30. Januar 2018

JA-OUI-SI-GEA zur Schweiz, NEIN-NON- NO-NA zur No Billag-Initiative

Die Neue Helvetische Gesellschaft, die sich seit 1914 für den Zusammenhalt der Schweiz einsetzt, hat an ihrer ausserordentlichen Delegiertenversammlung eine öffentliche Nein-Empfehlung zur «No Billag-Initiative» vom 4. März 2018 beschlossen. Die Neue Helvetische Gesellschaft äussert sich nur in Ausnahmesituationen öffentlich zu eidgenössischen Abstimmungen. Die Abschaffung des Service Public gefährdet die bewährten demokratischen Errungenschaften der Schweiz. Die Initiative will vordergründig nur Gebühren abschaffen. In der Tat ist sie viel radikaler und umfassender. Sie entzieht der Bevölkerung ein entscheidendes Mittel zur ausgewogenen demokratischen Meinungsbildung und die für unser Land wichtige gegenseitige Verständigung.

Im Vorfeld der ausserordentlichen Delegiertenversammlung lud die Neue Helvetische Gesellschaft am 29. Januar 2018 Initianten und Gegner der Initiative zu einer öffentlichen Podiumsveranstaltung an der Universität Bern ein. Philipp Metzger, Direktor des BAKOM legte in seinem einleitenden Referat die Position des Bundesrates dar und warnte vor der Annahme der Initiative. In der anschliessenden Podiumsdiskussion kreuzten die Gegner der Initiative, vertreten durch Ladina Heimgartner (Direktorin des RTR) und SP-Nationalrat Matthias Aebischer, und die Initianten, vertreten durch Christian Rieser (SVP) und Samuel Hofmann (Jungfreisinnige) die Klängen. Das Einstehen für das schweizerische Staatsverständnis, d.h. die Solidarität unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und die kulturelle Vielfalt, fand im Publikum grossen Anklang, während die Tiraden auf den Kollektivismus und die Staatszwänge nur Kopfschütteln auslösten.

Position der Neuen Helvetischen Gesellschaft:

Das Volksbegehren entzieht nicht nur der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG, sondern auch vielen Regionalsendern die existenznotwendige finanzielle Unterstützung durch den Bund. Gleichzeitig entfällt die rechtliche Verpflichtung öffentlicher wie privater Sender zu objektiver Berichterstattung und zur Rücksicht auf die kulturelle Vielfalt des Landes. Zudem wird das heute geltende Beschwerderecht gegen unsachgemässe, diskriminierende, menschenrechtsverletzende Programme durch die Initiative abgeschafft.

Kleinere schweizerische Sprachgebiete verlieren ihre regionalen Sender und damit ein wichtiges Instrument zur Pflege der kulturellen Eigenheiten. Mit der Annahme der Initiative verschwinden schweizweit über 1500 Arbeitsplätze. Radio und Fernsehen werden fortan den Vorlieben gewinnorientierter Betreiber überlassen. Auch Swissinfo, das Informationsportal der Auslandschweizer, müsste eingestellt werden.

Mit der Annahme der Initiative, d.h. ohne Service Public, sind die ausgewogene demokratische Meinungsbildung, das gegenseitige Verständnis für die kulturelle und sprachliche Vielfalt in unserem Land und damit der Zusammenhalt der Schweiz gefährdet. Das darf nicht sein.

Weitere Informationen und Auskünfte:

Neue Helvetische Gesellschaft, Ursula Furrer, +41 62 888 01 15, info@nhg.ch

Beilage: Positionspapier